

# FINANZKRISE, POSTDEMOKRATIE UND MÖGLICHKEITEN DEMOKRATISCHER SITTlichkeit

*Sven Jochem*

*Universität Konstanz*

*Mail: sven.jochem@uni-konstanz.de*

*Paper vorbereitet für*

*DVPW-Kongress Tübingen 2012*

*Sektion Politische Ökonomie*

*Panel „Demokratische Politik und kapitalistische Ökonomie“*

*26.09.2012*

*Erster, sehr vorläufiger Entwurf. Kommentare Willkommen!*

## Zusammenfassung

Die Große Rezession bietet vielfältige Anknüpfungspunkte, die spannungsreiche Verschränkung von Kapitalismus und Demokratie in den Fokus der Forschungsbemühungen zu stellen. Intention dieses Beitrages ist es, aus einer theoretischen Perspektive Aspekte der markt-basierten und demokratischen Sittlichkeit zu erörtern. Während die Grundlagen einer markt-basierten Sittlichkeit durch die Entwicklung hin zum Finanzmarktkapitalismus stetig ausgehöhlt werden, erscheinen auch in den Theorien der Postdemokratie Quellen demokratischer Sittlichkeit mehr als fraglich. Ausgehend von einer Kritik des Verständnisses von Staatlichkeit in den Theorien der Postdemokratie argumentiere ich, dass es durchaus Bedingungen für die Möglichkeit von Quellen demokratischer Sittlichkeit jenseits des effizienztheoretischen Kerns bloßer Wahlakte gibt. Diese Bedingungen für die Möglichkeit demokratischer Sittlichkeit fußen auf einem differenzierten Verständnis demokratischer Staatlichkeit. Es zeigt sich ferner, dass die Politik der europäischen Integration just diese Bedingungen der Möglichkeit demokratischer Sittlichkeit aushöhlt, ohne ihrerseits alternative Quellen demokratischer Sittlichkeit anbieten zu können.

## I Einleitung – Herausforderungen des demokratischen Kapitalismus

Die Große Rezession<sup>1</sup> hat mit dem Zusammenbruch der Investmentbank Lehman Brothers (Swedberg 2010) zwar ihren Ursprung in den USA, gleichwohl hat sie globale Konsequenzen. Insbesondere in den europäischen Ländern verfestigt sich gegenwärtig der Eindruck, dass sich die Krise trotz zum Teil vielfältiger Konjunkturprogramme und mitunter herkulesartigen Anstrengungen zur Stabilisierung der Banken- und Finanzsysteme festsetzen, sich chronisch in eine Schuldenkrise des Euroraumes verwandeln könnte.<sup>2</sup> Dies ist nicht nur unmittelbar an den klassischen und oft zitierten europäischen Krisenländern (Griechenland, Irland, Italien, Portugal, Spanien, kurz: GIIPS) abzusehen; mit Hilfe kurzfristiger Projektionen lassen sich auch für andere europäische Staaten »harte Zeiten« prognostizieren. Eine allgemeine fiskalische Auszehrung der territorialen Wohlfahrtsstaaten (und des bundesdeutschen Sozialstaates im Besonderen) war bereits vor der globalen Krise weit vorangeschritten (Streeck/Mertens 2010), durch die fiskalischen Rettungsmaßnahmen entblößten die europäischen Regierungen nochmals in nicht unerheblichem Ausmaße ihre fiskalische Achillesferse, ihre Ausgesetztheit gegenüber den dominanten Akteuren auf den internationalen Finanzmärkten.

Die Große Rezession sei allerdings nicht nur eine Gefährdung für wirtschaftliche Kreisläufe, sie sei in ihrer zu beobachtenden inhärenten Logik und Wucht auch zur Gefahr für die Demokratie in Europa geworden. „What we do know, however, is that democracy is as much at risk in the current crisis as the economy“ (Streeck 2011: 19). Dass der Kapitalismus demokratische Institutionen und Prozesse auszehre, er die Einrichtungen der Demokratie in der jüngsten Vergangenheit quasi nur noch als »leere Hüllen« erscheinen lasse, diese These

---

<sup>1</sup> Der Begriff versucht in Anlehnung an sowie in Abgrenzung zur Großen Depression der 1930er Jahre die gegenwärtige Finanzkrise zu umschreiben. Vor allem im englischsprachigen Raum ist der Begriff weit verbreitet.

<sup>2</sup> Im Zuge der verschiedenen Phasen der Großen Rezession kam es zu unterschiedlichsten Krisenreaktionen. Nachdem unmittelbar und international koordiniert viele nationale als auch transnationale Akteure die Finanzsystem zu stabilisieren versuchten, legten viele nationale Regierungen aus Angst einer konjunkturellen Depression (mehr oder weniger) umfangreiche Krisenpakete auf. Beide Krisenreaktionen führten dazu, dass viele Länder in Europa einen starken Anstieg der öffentlichen Verschuldung in Kauf nehmen mussten. Als weitere Konsequenz zogen dann in einem dritten Schritt „die Märkte“ die Kreditwürdigkeit vieler Krisenländer in Frage. Die Europäische Währungsunion und die Refinanzierungspraktiken einzelner Länder gerieten unter Druck, wodurch die EZB zu einem aktiven politischen Akteur wurde. Weitergehend zur historischen Logik der Großen Rezession vgl. unter anderen Streeck (2011), Scharpf (2011).

hat bereits Colin Crouch in seiner Studie zur Postdemokratie (2004)<sup>3</sup> erstmals vorgelegt. Und Colin Crouch hat vor dem Eindruck der gegenwärtigen Finanzkrise das „befremdliche Überleben des Neoliberalismus“ auch und gerade in der Großen Rezession ausgemacht (Crouch 2011).

Die gegenwärtige Finanzkrise erzwingt quasi aufgrund ihrer Entstehungsgeschichte und ihrer vielfältigen Konsequenzen, das Spannungsverhältnis von Demokratie und Kapitalismus neu zu denken (vgl. Streeck 2012a, Scharpf 2011 Zürn 2011a). Konsequenterweise führt die Krise zu einer rasch anwachsenden Produktion sozialwissenschaftlicher Analysen zur gegenwärtigen Krisenpolitik in »harten Zeiten«. Es liegen in beachtlicher Anzahl kausalanalytische Studien vor, Studien mit historisch vergleichender Perspektive sowie Studien, die systematisch die Konsequenzen der Krise für Gesellschaft, Ökonomie und Politik thematisieren. Das vorliegende Essay fokussiert in theoretisch-normativer Perspektive das Spannungsfeld zwischen Demokratie und Kapitalismus, zwischen Postdemokratie und Finanzkapitalismus (»Financialization«), und stellt die Überlegungen in einen Bezug zu gegenwärtigen Debatten in der politischen Philosophie. Hierbei werden weniger die aktuellen Krisenpolitiken in ihrer Besonderheit in Betracht gezogen, vielmehr soll systematisch aufgezeigt werden, in welchem Spannungsverhältnis sich Demokratie und (Finanz-)Kapitalismus gegenwärtig befindet – und welche Konsequenzen sich hieraus für die Demokratien in Europa ergeben. Dieses Essay kann auch als ein Versuch gelesen werden, wie eine normativ angemessene Theorie der Demokratie im Zeitalter des Finanzkapitalismus skizziert werden könnte.

Ich argumentiere in diesem Beitrag, dass Aspekte demokratischer Sittlichkeit für eine Theorie der Demokratie im Zeitalter des Finanzkapitalismus von besonderer Relevanz sind. In einem ersten Schritt der Argumentation zeige ich, wie Sittlichkeit als theoretische Kategorie zu fassen ist. Daran anschließend analysiere ich Auszeichnungen und Herausforderungen marktbasierter Formen der Sittlichkeit. Theorien der Postdemokratie, dies wird im vierten Abschnitt erörtert, fokussieren veränderte Rahmenbedingungen demokratischer Staatlichkeit. Allerdings sind viele dieser Theorien entweder stark individualistisch ausgeprägt oder sie zeichnen ein mitunter eigentümliches Bild zeitgenössischer Staaten. Aufbauend auf diesen Erörterungen argumentiere ich im abschließenden (fünften) Abschnitt, dass es Quellen demokratischer Sittlichkeit auch im Zeitalter der Postdemokratie gibt. Diese Quellen der

---

<sup>3</sup> Der Begriff der Postdemokratie ist schillernd (vgl. als frühen deutschsprachigen Überblick Buchstein/Nullmeier 2006).

Sittlichkeit gilt es offenzulegen, wenn eine angemessene Theorie des »demokratischen Kapitalismus« (Streeck) angestrebt wird. Als Ironie der Geschichte zeigt sich zudem, dass die Politik der europäischen Integration just diese Quellen demokratischer Sittlichkeit trockenlegt, ohne alternative Quellen der Sittlichkeit ihrerseits bereitstellen zu können.

## II Sittlichkeit als Kategorie normativer Demokratietheorie

Der Begriff der Sittlichkeit klingt zweifelsohne altmodisch, allerdings wird er in jüngster Zeit vermehrt in einschlägigen Publikationen verwendet (vgl. Beckert 2011, Honneth 2011a). Aus der puren Häufigkeit einer Begriffsverwendung kann jedoch kaum mit gutem Grund auf die Angemessenheit und Notwendigkeit des Begriffes geschlossen werden. Im Folgenden soll daher in aller Kürze gezeigt werden, weshalb der Begriff der Sittlichkeit für eine Theorie der Demokratie von Bedeutung sein kann.

Die moderne Demokratietheorie fußt in weiten Teilen auf individualistischen Pfeilern. Mit dem Siegeszug der Kantschen (und Lockschen) Theorie der liberalen Demokratie ist das Individuum als *homo faber* der Grundbaustein, auf den demokratietheoretische Überlegungen aufbauen. Was ist die Natur des Menschen? Wie soll normativ eine gute demokratische Ordnung beschaffen sein, um gemäß der Natur des Menschen zu sein? Und als Quintessenz des Kantschen Projekts: Was können wir vernünftiger Weise von einem aufgeklärten und vernunftbegabten Menschen erwarten, soll er in Interaktion mit anderen Menschen »gut« handeln? Ob diese Tradition in vertragstheoretischer Hinsicht vorangetrieben wurde (Rawls z.B.) oder in deliberativer Hinsicht (vor allem durch Habermas), gemein ist diesen demokratietheoretischen Anstrengungen die Ausrichtung auf das Subjekt bzw. die Interaktionen zwischen aufgeklärten und deliberativ-geneigten Individuen.

Als erste Herausforderung eines solchen individualistischen Projektes kann die Reaktion der Hegelschen Philosophie auf das kritische Projekt von Kant gelesen werden. Für Hegel war, sehr kurz ausgedrückt und grob vereinfacht, die Erkenntnis des guten Handelns und das Verweisen auf gutes Handeln aus Gründen der – wie auch immer ausgeprägten – (Kantschen) Pflicht nicht angemessen zur philosophischen Rekonstruktion einer sich zusehends diversifizierenden (und dem Kapitalismus entgegeneilenden) Gesellschaft. Insofern unterscheidet Hegel zwischen Moralität und Sittlichkeit, zwischen der Erkenntnis des guten Handelns aus Vernunftgründen (also der Subjektivität des Willens) und dem Sittlichen. Das subjektiv Gute kann haltlos und ohne festen Grund werden, es kann durch zeitliche Umstände

in seiner Wirklichkeit gehemmt werden. Und daher ist für Hegel das Sittliche ein Prinzip, das sich zwar an den Handlungen der Subjekte ablesen lässt, allerdings seinen Grund hat in Bedingungen der Möglichkeit, die nicht in der subjektiven Vernunft allein gründen, sondern in politisch-sittlichen Institutionen, die sittliche Freiheit objektiv gewährleisten bzw. zumindest befördern.<sup>4</sup>

Diese Unterscheidung birgt viele Konsequenzen. Für unser Argument impliziert die Hegelsche Pointe die Feststellung, dass jenseits subjektiv-rationalistischer Willen objektiv normative Bedingungen (Institutionen) gegeben sein müssen, die »gutes Handeln« befördern, stärken und gewährleisten. Einzig in dieser allgemeinen Perspektive betrachtet soll der Begriff der Sittlichkeit im Folgenden gesehen werden (und einzig in einer solchen Abgrenzung zum Begriff der Moralität liegt sein besonderer Sinn). Hegel hat die Pointe verdeutlicht mit dem Phänomen der Freundschaft, bei der man sich im Hinblick auf einen Anderen beschränkt, allerdings in dieser Beschränkung nicht nur Anerkennung empfindet, sondern auch Freiheit. „Der einzelne Mensch muß durch institutionelle Anerkennung zum Bewußtsein seines Eigenwertes als Freiheitswesen gelangen können“ (Ladwig 2006: 115). Jenseits punktueller Empfindungen sind also für die Sittlichkeit solche Institutionen von zentraler Bedeutung, die auf Dauer gestellt sind und Gewähr dafür leisten, dass die sittliche Handlung nicht nur stattfindet, sondern sich die Menschen auch durch die Handlung wechselseitige Anerkennung zollen – und insofern positive Freiheit erfahren (vgl. hierzu Honneth 2011a:81-126).

Quellen der Sittlichkeit mögen an unterschiedlichen Stellen auffindbar sein. Honneth argumentiert, dass eine Hegelsche Konzeption der Sittlichkeit auf Prinzipien fußt, die „in Gestalt von sozialen Praktiken“ auffindbar seien; wobei für Hegel nur diese Praktiken normativen Rang hatten, die einem modernen Verständnis von Staat und Demokratie entsprachen (Honneth 2011a: 26). In einer solchen Betrachtungsweise geht es also nicht um die (empirische) Beobachtung sittlicher Institutionen sondern im Zuge einer »normativen Rekonstruktion« (Honneth) auch und vor allem um eine historisch fundierte normative Zuspitzung sittlicher Institutionen, die zur Verwirklichung der Sittlichkeit (unter den gegebenen gesellschaftlichen und kulturellen Verhältnissen) vor allem von Bedeutung sind. Und diese Quellen der Sittlichkeit sind in allen gesellschaftlichen Teilbereichen zu finden

---

<sup>4</sup> Hier ist der § 142 der Hegelschen Rechtsphilosophie zentral, in dem Hegel ausführt: „Die Sittlichkeit ist die *Idee der Freiheit*, als das lebendige Gute (...) – der *zur vorhandenen Welt und zur Natur des Selbstbewußtseins gewordene Begriff der Freiheit*“ (Herv. i.O.).

(Rechtssystem, Wirtschaft/Arbeitsmarkt, Familie, demokratischer Staat; vgl. Honneth 2011b). Deshalb sind es nicht nur »soziale Praktiken« im engen Sinne, die als Quellen der Sittlichkeit anzunehmen sind. Opielka zum Beispiel hat darauf verwiesen, dass Hegel als erster Philosoph der Solidarität und der institutionellen Verfasstheit des Sozialstaates angesehen werden kann (Opielka 2006). Insofern sollte die Suche nach Quellen der Sittlichkeit auf die Bereiche des Sozialen (und Ökonomischen) als auch und vor allem des Politischen (Staatlichen) ausgedehnt werden.

Allerdings drängt sich dann die Frage auf, der Begriff der *demokratischen Sittlichkeit* konkret zu verstehen ist. Diese Frage wird im weiteren Verlauf der weiteren Argumentation schrittweise konkretisiert. Hierzu ist es erforderlich, die historischen Dynamiken marktbasierter Sittlichkeit zu erörtern und in einem zweiten Schritt dann die historischen Tendenzen postdemokratischer Differenzierungen zu beleuchten. Erst dann kann in einem abschließenden Abschnitt eine Konkretisierung der Bedingungen der Möglichkeit demokratischer Sittlichkeit erfolgen.

### **III Auszehrungen marktbasierter Sittlichkeit im Finanzkapitalismus**

„Kapitalismus ist unser faustischer Pakt“, mit diesen Worten hat Charles Taylor (2005) das spannungsgeladene Miteinander von Kapitalismus und Demokratie auf seinen metaphorischen Nenner gebracht. Auch wenn viele Probleme, Reibungen und Disfunktionalitäten diese Wechselbeziehungen auszeichnen würden, so sei doch kaum an eine Aufgabe der kapitalistischen Grundregeln zu denken.<sup>5</sup> Während Taylor mit kulturellen Argumenten die Zuspitzung der Ökonomisierung gleichsam zu erfassen und zu kritisieren versucht, nehmen andere Autoren eine eher historisch-sozialwissenschaftliche Perspektive ein.

---

<sup>5</sup> Taylor nimmt Bezug auf die Metapher einer „heillos zerstrittenen Ehe (..): Ohne den Kapitalismus können wir nicht leben (denn marktförmige Beziehungen durchdringen die Gesellschaft auf vielen Ebenen), aber mit ihm können wir es kaum aushalten. Der Drang, soziale Kosten erfolgreich abzuwälzen, macht den eigentlichen Wesenskern des Kapitalismus aus“ Und weiter geht Taylor konkret auf die Konstellation ein, die Goethe in Faust II gegen Ende skizziert: „Faust erscheint als titanenhafter Bauunternehmer, und das alte Paar Philemon und Baucis nimmt sich aus wie Geopferte und Marginalisierte. Wir versuchen, der Ökonomie und der wirtschaftlichen Entwicklung durch vorauseilende Bejahung zu entkommen; wir wollen schneller sein als »der Geist, der stets verneint«. Dabei entgeht uns, dass gerade die unablässige Bejahung des ökonomischen Fortschritts vielleicht die verheerendste Verneinung von allen ist“ (Taylor 2005).

Wolfgang Streeck (2011) zeichnet aus europäischer Perspektive die Dynamik der kapitalistischen Entwicklung im Hinblick auf die gegenwärtige Finanzkrise umfassend und präzise nach (vgl. Scharpf 2011). Für ihn zeichnet sich die Entwicklung durch einen inhärenten Trend aus, der unterschiedliche Logiken in Wirtschaft und Politik sichtbar mache. Die heutige Krise erscheine aus einer solchen Perspektive kaum als bloßes Marktversagen oder gar als Folge einer (wie auch immer) fehlerhaften Wirtschaftspolitik. Vielmehr könnten die (europäischen) Regierungen immer weniger den Erwartungen, die seitens der Wählerschaft an sie gestellt werden, gerecht werden. Während im Kapitalismus der wechselseitige Austausch über das Prinzip »merit« geregelt werde, und dieses sich aus einem freien Spiel der Marktkräfte ergebe, gelte im demokratischen Bereich vielmehr das Prinzip des »entitlements«, demzufolge durch kollektive Entscheidungen Leistungen ver- bzw. selektiv zugeteilt werden.

Eine Regierung kann nun nicht immer gleichzeitig beide Prinzipien erfolgreich berücksichtigen. Der europäische Kapitalismus habe in seiner historischen Entwicklung nach den ruhigen Jahren der unmittelbaren Nachkriegszeit (als einer historischen Ausnahmezeit) im Kampf gegen die hohen Inflationsraten (also der Durchsetzung der Interessen von Kapitaleigentümern gegenüber den Interessen der Lohnbezieher) eine neue Phase begonnen. Die Kompensation demokratischer Prozesse führte so allerdings im Zusammenspiel mit einer anti-inflationären Politik zur Steigerung der öffentlichen Verschuldung. Als diese wiederum in die Kritik geriet, ermöglichte eine Liberalisierung der Finanzmärkte eine Ausweitung der privaten Verschuldung – und in einigen Ländern, wie z.B. Schweden, auch eine gewisse Rückführung der öffentlichen Verschuldung. Damit entstand in den Worten von Colin Crouch (2009) ein »privatized Keynesianism«. „Financial liberalization thus compensated for social policy being cut in an era of fiscal consolidation and public austerity“ (Streeck 2011: 13).

Mit der globalen Finanzkrise und den zunehmenden Problemen eines »privatisierten Keynesianismus« werde nun die vierte Etappe der kapitalistischen Entwicklung sichtbar, das Zeitalter der „global money industry“, der „financial industry’s money factories“ (Streeck 2011: 15), der „Goldmänner“ (Streeck)<sup>6</sup> oder der »Financialization« (Deutschmann 2011, Krippner 2011). In diesem Zeitalter kapitalistischer Dynamik würden sich die Interessen der

---

<sup>6</sup> Bisky, Jens: Die Goldmänner. Lob der Verschwörungstheorie: Wolfgang Streeck rückt den Kapitalverstehern zu Leibe, in: Süddeutsche Zeitung vom 18. April 2012, S. 12. Der Begriff hebt metamorphisch die hervorstechende Bedeutung von Goldman Sachs mit ihren „Finanztechnokraten“ in der Entstehung als auch in der Bearbeitung der globalen Finanzkrise hervor.

Finanzinstitute hegemonial durchsetzen gegen die Interessen der Unternehmer in der sogenannten Realwirtschaft – und den Interessen der ebenfalls zu weiten Teilen von den Finanzmärkten abhängigen nationalen (und sub-nationalen) Regierungen, die doch im demokratischen Prozess und vor allem im Wahlkampf mit den Forderungen der Bevölkerung konfrontiert werden, welche wiederum kaum bereit sind, aus Gründen ökonomischer Effizienz ihre moralischen und sittlichen Vorstellungen einer sozialen Gerechtigkeit über Bord zu werfen. Das kapitalistische Spiel habe demzufolge durch eine *inhärente* Logik eine neue Dimension erreicht, in welcher Akteure auf den Finanzmärkten nicht nur dominieren sondern hegemonial die Leitplanken der weiteren kapitalistischen als auch politischen Entwicklung festlegen.

Diese historische Dynamik kann politisch als auch soziologisch erklärt werden. Die *politische Erklärung* geht (wie von Wolfgang Streeck skizziert) davon aus, dass demokratisch gewählte Regierungen immer stärker die Interessen der Eigentümer von Kapital berücksichtigten und *gleichzeitig* versuchen, den elektoralen Forderungen des »Medianwählers« (der zwar auch Eigentum an Kapital aufweist, allerdings nicht zu den großen Kapitaleigner gerechnet werden kann) zu genügen und in der Folge eine Liberalisierung der Kapitalmärkte förderten.<sup>7</sup> Diese Liberalisierungsstrategie wurde zudem geradezu in die Grundpfeiler der europäischen Integration eingemeißelt.

*Soziologische Ansätze* erklären diese Entwicklung aus der Quelle des nach dem Zweiten Weltkrieg rasch zunehmenden Wohlstandes und einer allgemeinen Verbesserung der Lebens- und Einkommensqualität breiter gesellschaftlicher Schichten. Dieser »Buddenbrooks-Effekt« (Deutschmann 2008) führe nicht nur zu einer Ausweitung von Kapitalinteressen (die breiten Mittelschichten kamen immer stärker in den Genuss, Kapitaleigentümer zu werden), sondern diese Entwicklung förderte auch neue Akteure und Finanzprodukte auf den Finanzmärkten (z.B. Investmentfonds) sowie stetig wachsendes Kapital, das irgendwie (und möglichst profitabel) angelegt werden sollte – und sei es in den Bausektoren der südeuropäischen Mittelmeerländer, von denen eine immerwährende Expansion der Bauwirtschaft und des Tourismus erwartet wurde, was zur bedrohlichen Immobilienblase im Süden Europas entscheidend beitrug (vgl. Scharpf 2011).

---

<sup>7</sup> Ob diese Reformstrategie bewusst von den Akteuren vorgenommen wurde, soll hier nicht diskutiert werden. Dass allerdings eine Liberalisierung der privaten Kreditaufnahmen den Druck auf die politischen Akteure *reduzierte*, dies kann als zumindest nachvollziehbarer Seiteneffekt einer solchen Liberalisierungspolitik angenommen werden.



Die Konsequenzen einer solchen »Financialization« der Wirtschaft sind vielfältig. Sie können erstens in elitentheoretischer Perspektive aufgearbeitet werden (Johnson 2009, Johnson/Kwak 2009). In dieser Perspektive üben immer weniger Führungspersonlichkeiten aus der Finanzwirtschaft Macht auf die Politik aus; und die »Goldmänner« (Streeck) können wie z.B. Mario Monti als vermeintliche Retter in der Not gar Regierungschef in einer großen Demokratie Europas werden. Eine solche Perspektive vermittelt in der Tat beeindruckende und – für normativ romantisch veranlagte Sozialwissenschaftler – deprimierende Ergebnisse der inter-personellen Verflechtung von Führungseliten aus den Bereichen Finanzkapital und demokratischer Politik. Die bislang vorliegenden Forschungsergebnisse beziehen sich vor allem auf die USA und UK. Aber der Verweis auf Italien lässt vermuten, dass auch in Europa die Verflechtung der Eliten eng und zudem oft undurchschaubar ist.

Diese Perspektive ist bedeutsam, im Folgen sollen an einen Gestaltwandel der kapitalistischen Funktionsweise aber die Fragen gestellt werden, die eine andere Forschungsperspektive verfolgt: Kann eine solche Form des Finanzkapitalismus nicht *aus sich heraus* Quellen der Sittlichkeit bereitstellen (vgl. Beckert 2011)?

Der kapitalistische Markt kann ja – historisch und ideengeschichtlich – durchaus als Quelle individueller Freiheit<sup>8</sup> und Sittlichkeit interpretiert werden (Beckert 2005, Honneth 2011b). Jens Beckert (2011) unterscheidet drei Formen sittlicher Handlungsorientierungen im Kapitalismus:

- a) marktermöglichende Sittlichkeit (also die kulturell-normativ gegebene Bedingung einer transzendentalen *Vertrauensgrundlage* als Bedingung der Möglichkeit jeglichen wirtschaftlichen Austausches),
- b) marktbegleitende Sittlichkeit (also moralisch-sittliche Vorstellungen der Marktakteure, die die *Präferenzen* der Marktakteure normativ beeinflussen) sowie

---

<sup>8</sup> Auf diesen Punkt der Mehrung von Freiheit macht Beckert (2011) aufmerksam, wenngleich er hierbei vor allem auf die Vorstellung einer *negativen* Freiheit rekurriert: Märkte können individuelle negative Freiheiten (und Freiheitsversprechen) begründen – aber Märkte können, wie er ebenfalls betont, auch individuelle Freiheit zerstören.

c) marktbegrenzende Sittlichkeit (also die auf individueller oder gesellschaftlicher Ebene vorhandene *verbindliche Vorstellung* von unsittlichen Marktstätigkeiten)<sup>9</sup>.

In allen drei Bereichen wirken gesellschaftliche Normen und Dynamiken auf den Grad der Sittlichkeit im Prozess des kapitalistischen Austausches ein. Während Beckert (2011) diese Aspekte vor allem im Hinblick auf eine angemessene – sprich in sozial-normative Muster der Mobilisierung und Aktivitäten eingebettete – Theorie der Ökonomie diskutiert, bietet dieser Rahmen dennoch ein Orientierungsmuster für die hier anstehende Frage, ob der Finanzmarktkapitalismus neuerer Provenienz sittliche Normen und Wertvorstellungen in der Gesellschaft untergräbt oder nicht.

Ad a) Die *marktermöglichende Sittlichkeit* ist fundamental wichtig für jegliches Marktgeschehen und hat mit dem Aspekt des normativ eingebetteten *Vertrauens* zu tun. Dieses nicht mehr vorhandene bzw. schlagartig schwindende Vertrauen ist ein bedeutsamer Aspekt zum Verständnis der gegenwärtigen Finanzkrise (Swedberg 2010). Wenn die Akteure auf den Finanzmärkten sich nicht mehr vertrauen, dann gehen sie – wie zu sehen war und mitunter noch ist – miteinander keine marktwirtschaftlichen Verhältnisse mehr ein. Insofern war „(d)ie Finanzkrise (..) auch eine Vertrauenskrise“ (Beckert 2010). Wege zur und Bedingungen für die Stärkung inter-individuellen und schließlich kollektiven Vertrauens gehe ich im Verlaufe des Essays noch ein. Aber wie bereits der Soziologe Beckert attestiert: „Eine der vornehmlichen Aufgaben staatlicher Politik ist die Herstellung von Vertrauen!“ (Beckert 2010: 36).

Ad b) Die *marktbegleitende Sittlichkeit*, also die moralisch-sittliche Ausrichtung der Handlungen und Entscheidungen im Marktprozess, wird durch die neue Form des Finanzmarktkapitalismus tendenziell untergraben. Die Klagen über die Gier der Banker haben durch die Krise volksmündlichen Charakter erlangt. Jenseits populistischer Klagen liegt jedoch dem Finanzmarktkapitalismus eine besondere Eigenschaft inne, die immer schnellere Taktung der Transaktionen – also des Marktaustausches – sowie ein Schwinden zumindest mittelfristig stabiler Geschäftsziele jenseits des mitunter utopisch anmutenden Bestrebens der absoluten Gewinnmaximierung. Sighard Neckel zeichnet diese neue Form der Marktstätigkeit nach und kommt zum Schluss, dass die anthropologische Konstante der »Gier« unter den

---

<sup>9</sup> Beckert führt als Beispiel für marktbegrenzende Sittlichkeit die anfangs in den USA kaum nachgefragten privaten Lebensversicherungen an, da es kulturell-normativ als nicht »gut« angesehen war, vom Tode eines (nahestehenden) Menschen kommerziellen Profit zu erzielen.

Bedingungen des Finanzmarktkapitalismus ihre Eigenschaft als „ruhige Leidenschaft“ verliere (Neckel 2011). Während im klassischen Kapitalismus bürgerliche Tugenden des Unternehmertums noch halbwegs – wenn auch nicht verlässliche – Schranken sittlichen Wirtschaftens bereit stellten, würden diese mit dem „Kapitalismus ohne Bürgerlichkeit“ (Neckel 2010) verloren gehen. Eine These, die übrigens Schumpeter auf seine Weise bereits mit anderen Argumenten vorwegnahm.

Im Endeffekt führt der Finanzmarktkapitalismus also zu einer „Refeudalisierung der Ökonomie“ (Neckel 2010). Das bedeutet, »Leistung« als das genuine Prinzip des kapitalistischen Marktes werde abgelöst vom Prinzip »Erfolg«. Während Leistung vom *homo faber* erarbeitet werden muss, kann Erfolg heute zufallen, Wohlstand und politischer Einfluss erblich von Generation zu Generation weitergegeben und angehäuft werden. Eine solche Entwicklung wurde im Übrigen bereits vom neoliberalen Vordenker Friedrich August von Hayek vorweggenommen und normativ akzeptiert. Am Markt entscheide der *Zufall* über den Erfolg – und da könne man sich mitunter anstrengen wie man will (vgl. die Diskussion bei Nullmeier 2010: 12-19). Die »Leistung« heutiger Leistungsträger kann also mitunter auch darin bestehen, in die richtige Familie geboren worden zu sein – womit feudale Zeitalter in neuem Gewande Einzug halten.

Die neuen Marktprozesse unterminieren vielleicht nicht die bürgerliche Sittlichkeit in Gänze, aber sie sind Indizien für eine erodierende bürgerliche Sittlichkeit, die aus sich heraus sittliches Handeln auf den Märkten anleiten könnte. Die Beschleunigung des Marktprozesses und die utopisch-einseitige Orientierung an der Gewinnmaximierung werden von immer mehr Marktteilnehmern internalisiert. Die weltweite Beschleunigung sozialer Prozesse (Rosa 2012) unterminiere die eigentliche Kernfunktion der Demokratie, die in einer Entschleunigung, in einer zeitlichen Streckung der demokratischen Entscheidungsfindung zu sehen sein (Münkler 2010). Eine »ruhige« und »besonnene« Entscheidungsfindung durch die demokratischen Institutionen kann kaum mehr gewährleistet sein, wenn die Entscheidungen davon abhängig gemacht werden, ob ein politischer Entschluss rechtzeitig vor Öffnung der asiatischen Börsen in den Medien (von den Regierungsvertretern, nicht dem Parlament) verkündet werden muss. Eine zumindest mittelfristige Orientierung wirtschaftlichen Handelns war Jahre der Nachkriegszeit herausragendes Kennzeichen des Rheinischen Kapitalismus, in dem »geduldiges Kapital« (Scharpf) für Investitionssicherheit Sorge.

Ad c) *marktbegrenzende Sittlichkeit* impliziert Regeln des »no-go« im kapitalistischen Prozess, und die Grenze zur marktbegleitenden Sittlichkeit ist hierbei fließend. Die oben

aufgeführten Argumente legen nahe, dass in der überschnellen und grenzenlosen Form des Finanzmarktkapitalismus auch die Tendenz innewohnt, sittliche Grenzen zu überschreiten. Es gibt Menschen, die nicht in Rüstungsindustrien ihr Kapital investieren möchten. Aber können die Investitionsströme von den Nachfragern moderner Finanzprodukte noch überschaut werden? Ist es nicht ratsam, dem Anbieter bzw. Zwischenhändler solcher Produkte einfach »zu vertrauen«? Es gibt Menschen, die gerne Produkte aus ökologischem Landbau und der eigenen Region verzehren. Können Sie aber noch in der heute globalen Nahrungsmittelindustrie – in der ja auch auf die Preise für Grundnahrungsmittel Wetten getätigt werden – den Anbietern vertrauen? Können sie wissen, woher das Saatgut bezogen wird, wo der Anbieter die Waren einkauft?

Die marktbasierende Sittlichkeit wird in ihren drei Facetten durch die Entgrenzung der Handelsströme ebenso untergraben wie durch die Entgrenzung moderner Kapitalströme. Und die Grenzen der gesellschaftlichen Sittlichkeit finden ihre Grenzen auch in der Unübersichtlichkeit des marktwirtschaftlichen Prozesses, der hohe Ressourcen an Informationsgewinnung, Sachkenntnisstand und also Zeit beanspruchen müsste – die nur wenige Menschen haben oder die nur wenige Menschen investieren wollen. Wen wundert es, dass unter solchen gesellschaftlichen Bedingungen die Leitidee des »billig will ich« jenseits moralischer Überlegungen immer mehr zum Tragen kommt (Blühdorn 2006).

Ist es also Aufgabe der Politik, Sittlichkeit dort zu befördern, wo gesellschaftliche Prozesse dies aus sich heraus nicht mehr leisten können? Und kann dies demokratische Politik überhaupt noch im Zeitalter der Entgrenzung, der Governance und der Postdemokratie?

#### **IV Quellen demokratischer Sittlichkeit in der Postdemokratie?**

Die Formen des Kapitalismus wandeln sich ebenso sehr, wie sich die Formen, Prozesse und Inhalte etablierter Demokratien wandeln.<sup>10</sup> Eine gängige Metapher für ausgezehrte demokratische Formen, Prozesse und Inhalte ist der Begriff der Postdemokratie. Dieser schillernde Begriff (vgl. Buchstein/Nullmeier 2006) hat sich deshalb in der Literatur so erfolgreich festgesetzt, weil mit ihm recht unterschiedliche Phänomene und Dynamiken

---

<sup>10</sup> Im Folgenden beziehe ich die Debatte über die Postdemokratie auf etablierte Demokratie. Demokratische Defekte von Transitionsländern sollen hiermit nicht abgedeckt werden. Vgl. hierzu Merkel et al. (2003, 2006).

demokratischer Politik umschreiben lassen (vgl. u.a. Agamben et al. 2012, Fischer 2006, Marchart 2010, Möllers 2008).

Eine gewichtige Position in der postdemokratischen Debatte wird von Colin Crouch vertreten (2004, 2011). Ausgehend von einer Dominanz neoliberaler Ideen und dem Voranschreiten der Vermarktlichung immer weiterer Lebens- und Politikbereiche spricht er von einer Postdemokratie in dem Sinne, dass die institutionellen Hüllen demokratischer Politik durchaus noch vorhanden seien; allerdings würden sie ausgezehrt und dem Primat des Kapitals untergeordnet.<sup>11</sup> Wenn eine solchermaßen ausgezehrte Demokratie an den Fäden des Kapitals hänge, dann sei es kaum mehr verwunderlich, dass sich programmatische Unterschiede zwischen den Parteien einebnen würden, die Partizipation in den klassischen Institutionen einbrechen würde. Für Crouch kann diese Misere durch eine Reaktivierung der Zivilgesellschaft behoben werden. Insofern trifft sich dieser Therapieverschlagn mit einer Fülle weiterer Vorschläge, die demokratische Partizipation, die Wiederbelebung des Demos durch unterschiedlichste Formen der verstärkten direkten Demokratie, der partizipationsgeneigten Lotterie und ähnlichem zu stärken versuchen.<sup>12</sup>

Solche Beiträge in der postdemokratischen Debatte fußen auf der Annahme eines gegebenen demokratiethoretischen Fundamentes realer Demokratien. Für diese »*Fundamentalisten*« gilt es daher, aufbauend auf einen vorhandenen letzten Grund der Demokratietheorie die Formen, Inhalte und Prozesse der Demokratie (meist zivilgesellschaftlich oder durch Reformen demokratischer Partizipationsinstitutionen) wieder zu stärken. Just diese Gegebenheit eines demokratiethoretisch tragenden (ontologisch zu greifenden) letzten Grundes kann allerdings auch in Zweifel gezogen werden. Aufbauend auf einer begrifflichen Unterscheidung zwischen »der Politik« und »dem Politischen« gehen insbesondere die Linksheideggerianer davon aus, dass demokratische Politik sich letztlich als leere Hülle konsensual-verklärten Regierens darstelle.<sup>13</sup> Das Politische hingegen sei universell und müsse durch eine allgemeine neue Sichtweise auf die Politik sowie durch eine beherzte Mobilisierung, antagonistische Kämpfe

---

<sup>11</sup> Vgl. die durchaus ähnliche Diagnose (und Polemik) von Günter Grass, der in der gegenwärtigen deutschen Demokratie eine „Freiheit nach Börsenmaß“ ausmacht (Grass 2005).

<sup>12</sup> Vgl. hierzu die nicht weiter erörterten Vorschläge von Buchstein (2009), Schmitter (2011), Mau (2012) oder Schäfer (2011) (um nur einige wenige zu nennen). Für eine weitergehende Erörterung vgl. Jochem (2012).

<sup>13</sup> An dieser Stelle setzt die mitunter heftige Kritik der »Postfundamentalisten« an der zeitgenössischen Politikwissenschaft an, die sich diesen Autoren zufolge »lediglich« um das Erfassen, Messen und Analysieren dieser formal adäquaten aber inhaltlich nicht zureichenden politischen Prozesse kümmere.

(Mouffe 2007) oder gar durch Gewalt (Žižek 2008) in emanzipatorischer Hinsicht neu in die Welt gesetzt werden. Kurz, diese Literatur versucht demokratische Politik jenseits eines klaren ontologisch zu fassenden letzten Grundes zu denken, daher können sie auch als »Postfundamentalisten« bezeichnet werden (Agamben et al. 2012).<sup>14</sup>

Die »Fundamentalisten« und die »Postfundamentalisten« unterscheiden sich in der theoretischen Begründung ihrer Analysen, ähneln sich jedoch zum Teil in den Konsequenzen und Handlungsempfehlungen, die sie aus ihren Analysen ableiten. Letztlich können sich beide Sichtweisen darauf einigen, dass Demokratie (im wahren Wortsinne) neu begründet werden müsse. Allerdings sind die theoretischen Begründungen dieser Forderungen unterschiedlich. Während die erste Schule noch von einem klassischen Verständnis der Demokratie ausgeht, dekonstruiert die zweite Gruppe unser Verständnis von demokratischer Politik. Diese Dekonstruktion führt zur These, dass weder Gesellschaft noch Demokratie in heutiger Zeit einen festen und ontologisch allerletzten Grund haben könne. In der Folge stehe demokratische Politik (jenseits postdemokratischer »Hüllen«) also vor einer unmöglichen Aufgabe: Demokratische Politik sei durchaus universell, ja das Politische sei der wahre Ort der Gemeinschaftsstiftung und -integration, und nur das Politische könne Halt für die Gesellschaft bereitstellen, was mitunter in einer Forderung nach einer »neuen« politischen Ethik gipfelt (Marchart 2010). Aber hierbei kann sich Politik nicht auf letztendliche Wahrheiten oder Seinsaussagen beziehen. Das (demokratische) Politische müsse also aus der Kontingenz der modernen Welt Gemeinsinn aus sich selbst heraus schaffen.<sup>15</sup>

---

<sup>14</sup> Diese begriffliche Unterscheidung folgt Marchart (2010). Es ist hervorzuheben, dass die Postfundamentalisten nicht jedweden Grund demokratischer Politik verneinen, sie sehen aber keinen letzten (ontologischen) Grund, auf dem Demokratie gründen könnte bzw. von dem demokratisch-adäquate Verfahren abgeleitet werden könnten, vgl. hierzu Marchart (2010) sowie Bedorf/Röttgers (2010).

<sup>15</sup> Diesen Aspekt bringt Oiver Marchart mit Verweis auf Cholewa-Madsen so auf den Punkt: „Demokratie macht das Scheitern der Gründung zur eigenen Grundlage (...) Demokratie erweist sich als eine Form des Zusammenlebens, in welcher Kontingenz – die Abwesenheit eines letzten Grundes – als *notwendig* erachtet wird. Wo hingegen ungebrochen Mythen vorgeblicher Gesetze der Geschichte oder Marktzwänge das Handeln bestimmen, dort kann im strengen Sinn nicht länger von Demokratie die Rede sein. In diesem Punkt der Paradoxisierung des Demokratiebegriffs stimmen postfundamentalistische Theorien meist überein. Demokratie sei »*etwas Spannungsreiches* (Laclau und Mouffe), sie ist ein *Bestreben*; sie hat einen *künftigen* (Derrida) oder *differenziellen* (Critchley) Charakter – sie ist immer eine Demokratie-*im-Kommen*, sie ist ein *verschwindender Punkt* (Žižek), d.h. etwas, auf das wir uns dauernd *beziehen* müssen, das aber *nie erreicht werden kann* (Mouffe); ihr Wert ist *unbestimmt* (Laclau); und sie hat keine partikularen Ziele (Laclau); kurzum: Sie ist eine *>unmögliche< Aufgabe, die radikaldemokratische Verhältnisse möglich macht*« (Cholewa-Madsen 1994: 40 (...) Kurzum, Demokratie ist nur unter Bedingungen ihrer eigenen Ungründbarkeit zu haben (Marchart 2010: 331f., Herv. i.O.).

Ohne festen Grund und durch Kontingenz<sup>16</sup> getrieben könne das Politische aber dies nicht umfassend erreichen, da sie bei allen Anstrengungen einer Gemeinschaftsstiftung jeweils scheitern *müsse*. Demokratische Politik sei daher die Sphäre des bedingten Kampfes, der den »Gegner« nicht vernichten aber überflügeln müsse, und deshalb könne es auch – in Anschluss an die Argumente von Hannah Arendt – in der Politik nie um Wahrheit gehen (Thaa 2011, vgl. Obracaj 2012). Demokratische Politik sei daher das bedingte Setzen, dem kein Wahrheitsgehalt zugeschrieben werden könne. Kurz: Demokratie in einem radikalen Sinne jenseits postdemokratischer Auszehrungen sei die politische Akzeptanz der Bedingtheit, die politische Akzeptanz umfassender Kontingenz.<sup>17</sup>

Eine tiefergehende vergleichende Betrachtung dieser beiden »Schulen« postdemokratischer Theorien soll hier nicht ausgeführt werden (vgl. Jochem 2012).<sup>18</sup> Es gilt vielmehr für das hier verfolgte Ziel der Frage nachzugehen, wie in beiden Schulen mögliche Quellen staatlicher Sittlichkeit in der Postdemokratie verortet werden.

Staatliche Quellen der Sittlichkeit kommen in beiden postdemokratischen Theorieschulen kaum vor. Ausgehend von einer Zustandsbeschreibung sich entgrenzender Gesellschaften (und politischen Entscheidungsfindungen) werden unterschiedliche Perspektiven auf den demokratischen Staat geworfen, die allerdings bei aller Unterschiedlichkeit im Detail auf dem gemeinsamen Nenner ruhen, dass staatlicherseits keine wirksamen sittlichen Institutionen mehr ausgemacht werden können; zumindest seien diese Quellen demokratischer Sittlichkeit stark ausgezehrt.

Während, erstens, die »Fundamentalisten« immer noch bemüht sind, die Gesellschaft zum Zwecke der Absicherung demokratischer Quellen der Sittlichkeit zu mobilisieren,

---

<sup>16</sup> Vgl. zur Ideengeschichte des Kontingenz-Begriffs jüngst Vogt (2011).

<sup>17</sup> Zur Unterscheidung zwischen beiden Schulen mag die metaphorische Differenz zwischen Psychologen und Psychoanalytikern hilfreich sein. Die Fundamentalisten, gedeutet als Psychologen, versuchen »Defekte« der menschlichen Seele zu beheben und Verhaltensweisen an die Hand zu geben, mit denen die »Defekte« durch veränderte Sichtweisen und Handlungsweisen korrigiert werden können. Die Postfundamentalisten hingegen, gedeutet als Psychoanalytiker, gehen von nicht hintergehbaren Rissen und Bodenlosigkeiten der menschlichen Seele aus. Dies könne nicht verändert werden, allerdings könne dieser Zustand durch eine Analyse bewusst gemacht werden, was den Menschen (hoffentlich) daran hindert, an der inneren Zerrissenheit zugrunde zu gehen.

<sup>18</sup> Es kann auch nicht eingehend erörtert werden, ob diese Analysen denn tatsächlich zutreffen oder ob die These von der (postdemokratischen) Krise der Demokratie vielleicht nur ein Mythos ist (Merkel 2011). Vgl. hierzu Jochem (2012).

argumentieren die »Postfundamentalisten«, dass die Gesellschaft sich so gewandelt habe, dass die Rolle der Politik heute eine andere sei. Früh machte Luhmann (2010) mit seiner Konzeption der Weltgesellschaft auf eine solche Verschiebung aufmerksam. In funktional differenzierten Teilsystemen gäbe es zwar noch strukturelle Kopplungen, allerdings sei die Eigenlogik (»Codes«) der subsystemischen Entwicklung entscheidend. Der Staat sei in dieser Sichtweise kaum mehr Steuerungssubjekt und Hüter sittlicher Prinzipien. Daher sei die Theorie der Politik auch von falschen Begriffen zu entschlacken. Statt Legitimation sei Popularität entscheidend. Die Politik habe ihren Sinn in permanentem Entscheiden – »Politik als Theater« also, so effektiv wie der Regentanz der Hopi-Indianer. Wenn der Blick auf die staatliche Administration gelenkt werde, dann sei diese eher als »Wasserturm« zu denken, der eine Abhängigkeit der Menschen vom Staate impliziere. Auch Willke (als besonnener Luhmannianer) kann in staatlichen Verwaltungen nichts anders sehen als »Zwangsversicherungsgemeinschaften« oder eine »Zwangsverwaltungswirtschaft« (Willke 2001: 48).<sup>19</sup>

Radikaler argumentieren die Linksheideggerianer. Während für Hobbes der Leviathan die bildliche Metapher seiner Philosophie darstellt, hält als bildlich-metaphorische Versinnbildlichung des modernen Staates in dieser Denktradition die Polizei (Rancière 2002), das Panoptikum (bzw. das panoptische Gefängnis) (Foucault) oder gar Auschwitz (Agamben) her. In einer solchen Fassung des Staates sind kaum Quellen der Sittlichkeit angelegt. Slavoj Žižek spitzt diese Sichtweise in marxistischer Manie zu: „the very evidence of the state, as an apparatus of class dominations, is a fact of violence“ (Žižek 2010: 88f). Ein Zustand des zeitgenössischen postdemokratischen Staates, der also kaum als legitim zu beurteilen sei. Und daher sei auch der revolutionäre Akt gegen den Staat legitim – auch wenn kaum eine Vorstellung darüber bestehe, was eigentlich zu tun sei. „Today we do not know what we have to do, but we have to act now, because the consequence of non-action could be disastrous“ (Žižek 2010: 95).

Auch gemäßigte Theorieentwürfe der politischen Entgrenzung sind eher unfündig bei der Suche nach demokratischer Sittlichkeit. Während einige Autoren in der Krise des Euroraumes für einen Schritt in Richtung demokratischer Staatswerdung Europas plädieren (Habermas

---

<sup>19</sup> Bei der Luhmannschen Systemtheorie handelt es sich über weite Strecken um eine aus theoretischer Perspektive »marktradikale Lösung« der Absolutsetzung von Gesellschaft, in der die „Einheit des Sozialen (...) schlechthin ortlos“ bleibt (Ladwig 2006: 132). Insofern könnten in der Luhmannschen Systemtheorie die normativen Grundlagen der gesellschaftlichen Integration in der heutigen Zeit nicht perspektivisch erfasst werden.



2011, Bofinger/Habermas/Nida-Rümelin 2012), versuchen andere unsere Erwartungshaltung zu korrigieren. Insbesondere für das Regieren in Europa gehe es doch darum, „den Demokratiebegriff zu verabschieden und ihn durch den des legitimen Regierens zu ersetzen“ (Jörke/Take 2011: 294). Auf die Frage, wie denn nun legitimes Regieren in entgrenzten (europäischen) Räumen (jenseits der demokratischen Dimension) beschaffen sei, verweisen sie auf Formen der input-/throughput-/output-Legitimität. Nach kritischer Diskussion möglicher Legitimationsquellen in allen drei Stadien enden die Autoren (allerdings normativ recht ernüchternd) mit der Feststellung, dass auch Legitimität in diesen drei Phasen eher schwer herzustellen sei; es sei allenthalben noch eine *Akzeptanz* gegenüber einer leistungsfähigen Politikgestaltung zu erhoffen.<sup>20</sup>

Leistungsfähiges Regieren ist dann auch zentrale Kategorie in den dominanten Theorien und Ansätzen der *Governance*-Forschung. Ein solches Regieren unter den Bedingungen der Entgrenzung und Interdependenz impliziere effizientes Problemlösen jenseits territorialstaatlicher Grenzen durch ein Zusammenspiel unterschiedlichster (also staatlicher sowie nichtstaatlicher) Akteure. Output-Legitimation sei dann das »major game in town« in dieser Form politikwissenschaftlich-theoretischer Betrachtungen der Welt. Eine solche Effizienztheorie kann allerdings kaum Aufschluss geben über die Bedingungen einer sittlichen Begründung des Handelns. So ruht diese Forschungsperspektive auf einem „vorpartizipativen (..) Demokratiebegriff“ (Streeck 2008: 14, vgl. auch Offe 2008). *Governance*-Ansätze richten ihr Augenmerk nicht auf die Bedingungen sittlicher Gemeinschaftsvergewisserung, dies wird kaum als entscheidend für effizientes Problemlösen angesehen. *Governance* ist also „nicht eine Theorie sozialer Integration, sondern eine ökonomische Effizienztheorie“ (Streeck 2008: 17). Und in einer solchen Perspektive fallen systematisch die institutionellen Prozesse der kollektiven Selbstvergewisserung demokratischer Selbstbestimmung und wechselseitiger Anerkennung aus dem Forschungsraaster.

Nicht nur marktbasierter Prozesse des Finanzkapitalismus unterminieren sittliche Quellen, auch postdemokratische Theorien sehen in der zeitgenössischen Staatlichkeit keinerlei Anzeichen für demokratische Sittlichkeit. Im Gegenteil erscheint der administrative Staat eher als Quelle der »Kolonialisierung der Lebenswelt« (Habermas), als Einschränkung

---

<sup>20</sup> Hier decken sich diese Ausführungen mit dem Konzept der »monitoring democracy« von John Keane (2009). Auch dort wird das diffuse (globale) Netzwerk unterschiedlichster politischer Akteure seitens der jeweiligen Bevölkerungen lediglich durch Bewunderung und Verdienst gerechtfertigt.

individueller (negativer) Freiheit. Eine solche These kontrastiert mit der Einschätzung, dass gerade in finanzkapitalistischen Zeiten die Marktakteure Regeln benötigen, damit eine selbstzerstörerische Dynamik der Märkte eingehegt werden könne. Das ist der Grund „why politics and political power are essential under capitalism, and indeed a politics that supports capitalist markets, not by *supporting* but by *counterbalancing and constraining* them, so as to *protect them from themselves*“ (Streeck 2012a: 25, Herv. i.O.). Es brauche also „*non-capitalist politics* capable of defining and enforcing general interests in the sustainability of human society“ (Streeck 2012a: 26, Herv. i.O.).

Wenn es dann also einer »nicht-kapitalistischen« Sittlichkeit bedarf, wo kann diese den ausgemacht werden, wenn doch alle theoretischen Beiträge der Postdemokratie solche Quellen kaum mehr ausmachen? Ich werde im nächsten Abschnitt argumentieren, dass die »Sichtbarmachung« demokratischer Quellen der Sittlichkeit jenseits des effizienztheoretischen Kerns bloßer Wahlakte darin liegen kann, das theoretische Verständnis der Staatlichkeit neu zu überdenken, die staatlich-administrative Solidarität zu erfassen, Regionalisierung von Staatlichkeit einzubeziehen sowie letztlich auch von der Möglichkeit einer moderaten Demokratisierung der Ökonomie auszugehen.

## V Bedingungen der Möglichkeit demokratischer Sittlichkeit?

Quellen der Sittlichkeit, also Quellen des auf Dauer gestellten »guten« (solidarischen) und anerkennungsstiftenden Handelns, sind nach den bisherigen Ausführungen sowohl in den marktwirtschaftlichen Prozessen als auch in den Formen, Inhalten und Prozessen der Postdemokratie zusehends rückläufig. Gleichwohl lautet die – durchaus kontra-intuitive – These der »postfundamentalistischen« Theoretiker der Postdemokratie, dass just die Politik die einzige Instanz sein könne, die eine integrative Wirkung auf die kapitalistische Gesellschaft in der heutigen Zeit leisten könne (wenngleich dort das notwendig-ontologische Scheitern an dieser Aufgabe stets mitgedacht wird). Worin könnten theoretisch und normativ plausible Auswege aus einer solchen Situation liegen?<sup>21</sup>

Die Extreme liegen auf der Hand. *Einerseits* kann eine *europäische Staatswerdung* mit demokratischen Prinzipien die Defizite des demokratischen Regierens aufheben (Habermas

---

<sup>21</sup> Die folgenden Ausführungen haben einen stark essayistischen Charakter und sollten als erste Formulierungen von möglichen Forschungsperspektiven gelesen werden.

2011, Bofinger/Habermas/Nida-Rümelin 2012). Eine solche Entwicklung wird mitunter als mögliche Konsequenz der gegenwärtigen Krise antizipiert (oder erhofft). Allerdings wäre eine solche Demokratisierung mit einem „shotgun wedding“ (Streeck 2012b: 67) zu vergleichen, bei dem aufgrund einer Schwangerschaft beide Partner von den Eltern zur Ehe (mit vorgehaltener Pistole) gezwungen werden. Eine weitere Verstaatlichung der Europäischen Union kann zudem kaum als realistische Option angenommen werden (vgl. z.B. Höpner/Schäfer 2010). Bislang gingen die jeweiligen europäischen Integrationsvertiefungen vorwiegend mit marktfreisetzenden Konsequenzen einher, ohne dass Quellen demokratischer Sittlichkeit geschaffen werden konnten.

Das andere Extrem sieht *andererseits* in einer zivilgesellschaftlichen Mobilisierung (Crouch 2004, 2011) oder gar in einem revolutionären Akt (Žižek 2008) einen Weg zur Wiederherstellung demokratisch-sittlicher Aspekte. Auf den ersten Blick überzeugt die Forderung nach einer gesellschaftlichen Mobilisierung zur Stärkung demokratischer Institutionen. Aber man fragt sich dann doch, wie eine solche Mobilisierung in Zeiten tendenziell abnehmender Partizipationsneigung der Bevölkerung (bei weiter zunehmender materieller Ungleichheit) zu erreichen sein könnte. Und die Hoffnung auf einen revolutionären Akt ohne Vorstellung eines konkreten Revolutionsziels (Žižek 2008) kann kaum als realistisch normativer Ausweg aufgefasst werden. Letztlich liegt eine wichtige Pointe der Hegelschen Sittlichkeitslehre auch darin, im Zuge der normativen Rekonstruktion gesellschaftlicher und politischer Entwicklungen von empirisch nicht begründbaren Forderungen abzusehen und vielmehr empirisch-beobachtbare Entwicklungen mit besonderer normativer Relevanz in den Fokus der Überlegungen zu stellen (vgl. Honneth 2011a, allgemein: Geuss 2010).

Solche normativ bedeutsamen beobachtbaren Quellen demokratischer Sittlichkeit können in vier Bereichen ausgemacht werden. Alle der folgenden Bereiche fokussieren ein differenziertes Bild zeitgenössischer Staatlichkeit jenseits eines effizienztheoretischen Kerns bloßer Wahlakte. Insofern lautet die These dieses Essays, dass eine normativ-theoretische Perspektive auf die zeitgenössischen Demokratien ausgehen muss von einer differenzierten Sichtweise auf den Staat und die Formen administrativer Staatlichkeit.

*Erstens* liegt die Erosion demokratischer Sittlichkeit auch in der (marktgetriebenen und politisch akzeptierten) Ausbreitung materieller *Ungleichheit*. Die zunehmende Ungleichheit der Einkommen und der Vermögenswerte ist in allen OECD Ländern zu beobachten (OECD 2011). Für das demokratische Selbstverständnis sind die Folgen bedrohlich (Schäfer 2010). Ist

materielle Gleichheit also gleichbedeutend mit sozialer Gerechtigkeit? Ist Gleichheit gar Glück (vgl. Wilkinson/Pickett 2009)?

Die Vermeidung von gravierender Ungleichheit ist durch Institutionen des Steuerstaates politisch erreichbar. Theoretisch ist hier die Kontroverse zwischen Fraser und Honneth, ob Umverteilung oder Anerkennung notwendig sei für eine demokratische Sittlichkeit (Fraser/Honneth 2003), vielleicht etwas zugespitzt; eine moderierende Sichtweise könnte ja gerade darin liegen, dass Umverteilung *und* Anerkennung als Quellen demokratischer Sittlichkeit dienen können. Demokratisches Selbstverständnis beruht auf dem Prinzip der Gleichheit. Allerdings greifen juristische Formulierungen des Gleichheitspostulates im Sinne der Gleichheit vor dem Gesetz oder der Gleichheit bei Wahlen zunehmend (und vor allem vor dem Hintergrund zunehmender Armut und Ungleichheit) zu kurz. Vielmehr kann ein gewisses Maß an materieller Gleichheit auch als ein sittliches Postulat einer auf wechselseitige Anerkennung ausgelegten demokratischen Gemeinschaft gedeutet werden. Kaum ein Problem der Hegelschen Rechtsphilosophie ist so ungelöst und dennoch theoretisch so bedeutsam wie die Ausbreitung der Armut und das Entstehen des »Pöbels« (Ruanda 2011) sowie die Frage, was hierbei die sittliche Aufgabe staatlicher Politik sei. Auch wenn das Problem nie ganz gelöst werden kann, diese materielle Seite der Gleichheit kann als eine normativ zentrale Bedingung für die Möglichkeit demokratischer Sittlichkeit und also auch als eine zentrale Aufgabe zeitgenössischer Staatlichkeit gesehen werden.

*Zweitens* impliziert das Prinzip der Gleichheit auch einen Rekurs auf das Verständnis der *Solidarität* und des *guten Regierens*. Die genuine Aufgabe demokratischer Politik liegt in der fortwährenden Grenzziehung und gemeinschaftlichen Integration (Böckelmann/Morgenroth 2008). Ein zentraler Aspekt im »säkularen Kampf um das gute gemeinschaftliche Leben« kommt der Sozialpolitik (und Solidarität) als Kultur zu (Rieger/Leibfried 2004). Sozialpolitik ist also mehr als an der Ausweisung einer Sozialausgabenquote abgelesen werden kann. Sozialpolitik ist vor allem eine administrativ vermittelte Anstrengung »gutes Leben« zu ermöglichen. Ohne Frage impliziert eine solche administrative Strategie Zwang (ebenso wie der Steuerstaat Zwang impliziert). Gleichwohl sind Aspekte administrativ vermittelter Handlungen der Sozial- und Bildungspolitik (auch und vor allem im Sinne von sozialpolitischen Dienstleistungen und der Armutsvermeidung) bedeutsame Bedingungen der Möglichkeit demokratischer Sittlichkeit.

Bo Rothstein weitet eine solche Forschungsstrategie auf die Frage nach der *Qualität des Regierens* aus (Rothstein 2011, vgl. Uslaner/Rothstein 2012). Die Qualität des Regierens

offenbare sich in den Bereichen Korruption, Rechtssicherheit sowie Qualität der Verwaltung. Jenseits methodischer Diskussionen über den verfolgten Ansatz kann aus theoretischer Perspektive festgehalten werden, dass für Rothstein (und andere) eine hohe Qualität der Staatlichkeit einhergeht mit höherem Vertrauen, mit einer höheren Anerkennung des demokratischen Staates sowie einer insgesamt besseren Integration der Bevölkerung in Zeiten sich entgrenzender Märkte. Wie oben ausgeführt wurde, liegt ja gerade an der Schaffung gemeinschaftlichen Vertrauens in der Demokratie eine zentrale politische Aufgabe (und das Fehlen des Vertrauens kann als eine zentrale Ursache der Finanzkrise angesehen werden). Eine solche integrative Leistung durch gutes Regieren und durch Stärkung des gesellschaftlichen Vertrauens kann also durchaus auch als Bedingung der Möglichkeit von demokratischer Sittlichkeit gedeutet werden.

Nicht Staatlichkeit per se unterminiert demokratische Sittlichkeit (wie viele Theoretiker der Postdemokratie argumentieren), sondern es ist eine Frage der Formen und der Qualität moderner Staatlichkeit. Es liegt die Vermutung nahe, dass eine normative Rekonstruktion der Demokratie eben diese Unterschiede im internationalen Vergleich stärker berücksichtigen sollte – und in der schwachen Betrachtung staatlich-administrativer Nuancen im sowohl historischen aber vor allem internationalen Vergleich liegen meines Erachtens auch die gravierenden Schwächen der Honneth'schen Rekonstruktion der Hegelschen Rechtsphilosophie (Honneth 2011a). Die Qualität des Regierens und die Organisation der Solidarität im Sinne von administrativer Sozialpolitik können somit als weitere Bedingungen demokratischer Sittlichkeit ausgemacht werden.

*Drittens* kann die demokratische Sittlichkeit durch vielfältige Interaktionen und Anerkennungsmuster zwischen den Bürgern in staatlichen Institutionen auf lokaler und regionaler Ebene gestärkt werden. Die Forderungen einer *Dezentralisierung* des (Sozial-)Staates reiben sich in der deutschen Debatte am Finanzföderalismus und den traditionellen Organisationsprinzipien des deutschen Sozialstaates. Ein international vergleichender Blick (in die Schweiz oder die nordischen Länder zum Beispiel) zeigt, dass lokale Freiheiten bei der Ausgestaltung der Staatlichkeit nicht nur weitere Partizipationsmöglichkeiten eröffnen. Zudem sind solche dezentralen Formen der Staatlichkeit auch »erfahrbarer« für die Bürger,

die Wahrscheinlichkeit der Anerkennung solcher dezentralisierten Formen der Staatlichkeit mag tendenziell höher sein als in stark zentralisierten Formen der Staatlichkeit.<sup>22</sup>

Die Verwaltungsforschung zeigt, dass die Interaktionen der Bürger vorwiegend auf lokaler Ebene stattfinden. In diesen Interaktionen droht jedoch ein »schwarzes Loch der Demokratietheorie« (Rothstein). Insofern über die politische Partizipation die allgemeinen Regeln vorgegeben werden (und wir über Wahlen bei der Ausformulierung dieser Regeln mitbestimmen), wird allerdings bei der lokalen Ausformung des Verwaltungshandelns dem Wunsch nach Mitbestimmung nicht unmittelbar Rechnung getragen. Wenn mein Kind zum Beispiel Probleme in der Schule hat, dann ist mir nicht geholfen, dass ich bei der nächsten Kommunalwahl eine neue kommunale Regierung wählen kann, die dann (was sehr unwahrscheinlich wäre) die Schulleitung auswechselt. Daher ist in einem dezentralisierten Sozialstaat die *Wahlfreiheit* ein funktionales Äquivalent demokratischer Mitbestimmung. Indem ich mit den öffentlichen Leistungen unzufrieden bin, kann ich eine Alternative wählen; eine solche Wahlfreiheit darf allerdings keine finanziellen Nachteile für die Betroffenen implizieren. Eine solchermaßen ermöglichte »demokratische Mitbestimmung« durch Marktprozesse würde den Verwaltungen Qualitätsprobleme eindeutig signalisieren. In diesem Punkt wäre in einem dezentralisierten Wohlfahrtsstaat die Bedingung für die Möglichkeit demokratischer Sittlichkeit eng verknüpft mit einer kostenneutralen Wahlfreiheit und einem Konkurrenzverhältnis des Staates mit marktbasieren Anbietern.<sup>23</sup>

*Viertens* und letztlich besteht eine Bedingung für die Möglichkeit demokratischer Sittlichkeit auch im Feld einer *Demokratisierung des Kapitalismus*. Es ist kaum davon auszugehen, dass

---

<sup>22</sup> Dieses Argument fußt auf Argumenten, die so unterschiedliche Philosophen wie de Tocqueville oder von Hayek bereits formuliert haben. Als offene Frage formuliert (vgl. Zürn 2011b): Implizieren globale Probleme tatsächlich eine globale Staatlichkeit (die eher unwahrscheinlich ist)? Oder implizieren globale Probleme und kulturelle Entgrenzungen nicht problemorientierte Reaktionen unterschiedlicher staatlicher Organisationsformen, die einen Rückhalt in der Bürgerschaft besitzen und wechselseitige Anerkennung fördern? Und da in der »postfundamentalistischen« Theorie der Politik auch die Möglichkeit der Wahrheit aufgegeben wird (was auf die Schriften von Hannah Arendt zurückgeht), kann durch vielfältige und unterschiedliche »problemorientierte« Reaktionen eher die Vielfalt möglicher Lösungen ohne fundamentalen Wahrheitsanspruch befördert werden.

<sup>23</sup> Selbstverständlich besteht die Gefahr, dass der Staat all seine Verantwortung im Bereich der sozialen Humandienstleistungen auf den Markt abwälzt mit den Folgen einer immer stärker abnehmenden Qualität dieser Dienstleistungen (zumindest für einkommensschwache Teilnehmer am Marktgeschehen). In einer solchen Situation befinden sich viele Sozialstaaten in Europa. Dennoch wird von den Bürgern gerade bei stetig abnehmender Qualität der Dienstleistungen von der Politik eine Verbesserung eingefordert. Dies kann durch eine Ausweitung der regulativen Politik erfolgen – oder durch unternehmerische Aktivitäten der öffentlichen Hände, also einer direkten Ausweitung der Staatlichkeit.

der Kapitalismus überwunden, unser »faustischer Pakt« (Taylor) aufgelöst werden kann. Auch durchaus »revolutionäre« Vorstellungen eines unbedingten Grundeinkommens, mit dem die kapitalistische Logik auf dem Arbeitsmarkt ausgehebelt werden könnte, sind eher unwahrscheinlich. Eine normative Rekonstruktion demokratischer Sittlichkeit solle sich also weniger an diesen umwälzenden Maßnahmen orientieren. Vielmehr kann demokratische Sittlichkeit auch dann erhöht werden, wenn andere (demokratische) Formen des Wirtschaftens gefördert und ermöglicht werden.

Genossenschaftliches Wirtschaften versucht die pure Gewinnmaximierung abzuschwächen. Historisch betrachtet waren solche Formen des Wirtschaftens durchaus erfolgreich in Bereichen der Landwirtschaft. Warum könnten solche Formen des genossenschaftlichen Wirtschaftens nicht ausgeweitet bzw. gestärkt werden in Bereichen der Wohnungspolitik, der Freizeitgestaltung aber auch der Bildungs- und Sozialpolitik? Eine Finanzierung solcher Wirtschaftsformen könnte durch besondere (staatliche) Banken flankiert werden, die eben wieder »geduldiges« Kapital für genossenschaftliche Wirtschaftsformen zur Verfügung stellen. Es wäre vermessen zu erwarten, dass die gesamte (und vor allem entgrenzte) Konsumwirtschaft genossenschaftlich reorganisiert werden könnte. Aber für wirtschaftliche Aktivitäten in lokalen und begrenzten Räumen (und vor allem orientiert an den sozialen und kulturellen Bedürfnissen der Bürger) könnten solche »demokratische« Formen des Wirtschaftens durchaus als Bedingungen der Möglichkeit demokratischer Sittlichkeit angesehen werden.

Diese Aufzählung von Bedingungen der Möglichkeit demokratischer Sittlichkeit ist nicht erschöpfend. Intention dieser Überlegungen ist die Suche nach normativ-plausiblen Quellen demokratischer Sittlichkeit jenseits eines effizienztheoretischen Kerns bloßer Wahlakte. Insofern diese Quellen der Sittlichkeit auf einer veränderten Sichtweise des demokratischen Staates aufbauen, ist zu betonen, dass sie demokratische Partizipation durch Wahlen nicht ersetzen, sondern flankieren. Der unumstößliche Kern der parlamentarischen Demokratie ist der Wahlmechanismus. Aber in Zeiten der Entgrenzung, der europäischen Integration sowie einer tendenziell rückläufigen Partizipation (oder einer eingeschränkten Auswirkung der Partizipation auf die Politik) sollten ausgezehnte Quellen der Sittlichkeit von anderen Quellen demokratischer Sittlichkeit ergänzt werden, soll die Integration der Bevölkerung bzw. die Legitimation der Demokratien nicht noch weiter ausgehöhlt werden. Es erscheint vor diesem Hintergrund als Ironie des Schicksals, dass die bisherige europäische Integrationspolitik mit dem Primat der Marktschaffung und Verrechtlichung just diese demokratischen Quellen der

Sittlichkeit tendenziell eher auszehrt. Es scheint im Umkehrschluss, dass der Erfolg des europäischen Integrationsprojektes – fast schon in dialektischer Manier – davon abhängt, wie es der europäischen Politik gelingt, die Territorialstaaten und ihre Gebietskörperschaften in Zukunft wieder zu stärken.

## Literaturverzeichnis

- Agamben, Giorgio et al., 2012: Demokratie?, Berlin: Suhrkamp.
- Beckert, Jens, 2005: The Moral Embeddedness of Markets, MPIfG Discussion Paper 05/6, Köln: MPIfG.
- Beckert, Jens, 2012: Die Finanzkrise ist auch eine Vertrauenskrise, in: In: Jahresbericht 2009 der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e.V., München, 14-23.
- Beckert, Jens, 2011: Die Sittlichkeit der Wirtschaft. Von Effizienz- und Differenzierungstheorien zu einer Theorie wirtschaftlicher Felder, MPIfG Working Paper 11/8, Köln: MPIfG.
- Bedorf, Thomas / Röttgers, Kurt (Hrsg.), 2010: Das Politische und die Politik, Berlin: Suhrkamp.
- Blühdorn, Ingolfur, 2006: Billig will ich. Post-demokratische Wende und simulative Demokratie, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 19 (4), 72-83.
- Blühdorn, Ingolfur, 2011: Das postdemokratische Doppeldilemma. Politische Repräsentation in der simulativen Demokratie, in: Linden, Markus/Thaa, Winfried (Hrsg.): Krise und Reform politischer Repräsentation, Baden-Baden: Nomos, 45-74.
- Böckelmann, Janine/Morgenroth, Claas (Hrsg.), 2008: Politik der Gemeinschaft. Zur Konstitution des Politischen in der Gegenwart, Bielefeld: transcript.
- Bofinger, Peter/Habermas, Jürgen/Nida-Rümelin, Julian, 2012: Einspruch gegen die Fassadendemokratie, in: FAZ vom 4. August 2012, S. 33.
- Buchstein, Hubertus, 2009: Demokratie und Lotterie. Das Los als politisches Entscheidungsinstrument von der Antike bis zur EU, Frankfurt am Main: Campus.
- Buchstein, Hubertus/Jörke, Dirk, 2003: Das Unbehagen an der Demokratietheorie, in: Leviathan 31 (4), 470-495.
- Buchstein, Hubertus/Nullmeier, Frank, 2006: Einleitung: Die Postdemokratie-Debatte, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 19 (4), 16-22.
- Crouch, Colin, 2004: Post-Democracy, London: Polity Press.
- Crouch, Colin, 2009: Privatised Keynesianism: an Unacknowledged Policy Regime, in: British Journal of Politics and International Relations 11 (3), 382-399.
- Crouch, Colin, 2011: Das befremdliche Überleben der Neoliberalismus. Postdemokratie II, Berlin: Suhrkamp.
- Deutschmann, Christoph, 2008: Der kollektive »Buddenbrooks-Effekt«. Die Finanzmärkte und die Mittelschichten, MPIfG Working Paper 08/5, Köln: MPIfG.
- Deutschmann, Christoph, 2011: Limits to Financialization. Sociological Analyses of the Financial Crisis, in: Arch.europ.sociol, LII, 3, 347-389.



- Fischer, Karsten, 2006: Die jüngste Versuchung der Demokratie. »Postdemokratie« und Politik-Netzwerke, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* 19 (4), 47-57.
- Fraser, Nancy/Honneth, Axel, 2003: Umverteilung oder Anerkennung. Eine politisch-philosophische Kontroverse, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Geuss, Raymond, 2010: Kritik der politischen Philosophie. Eine Streitschrift, Hamburg.
- Grass, Günter, 2005: Freiheit nach Börsenmaß. Die Politik ist machtlos gegen die Ökonomie. Das gefährdet die deutsche Demokratie, in: *DIE ZEIT* 19/2005 (online-Version).
- Habermas, Jürgen, 2011: Zur Verfassung Europas. Ein Essay, Berlin: Suhrkamp.
- Hirsch, Michael/Voigt, Rüdiger (Hrsg.), 2009: Der Staat in der Postdemokratie. Staat, Politik, Demokratie und Recht im neueren französischen Denken, Stuttgart: Steiner.
- Höpner, Martin/Schäfer, Armin, 2010: Grenzen der Integration – wie die Intensivierung der Wirtschaftsintegration zur Gefahr für die politische Integration wird, in: *Integration* 1/2010, 3-20.
- Honneth, Axel, 2011a: Das Recht der Freiheit. Grundriß einer demokratischen Sittlichkeit, Berlin: Suhrkamp.
- Honneth, Axel, 2011b: Verwilderung des sozialen Konflikts. Anerkennungskämpfe zu Beginn des 21. Jahrhunderts, MPIfG Working Paper 11/4, Köln: MPIfG.
- Jochem, Sven, 2012: Entzauberungen der Demokratie. Theorien der Postdemokratie im Vergleich (Manuskript).
- Jörke, Dirk/Take, Ingo, 2001: Vom demokratischen zum legitimen Regieren?, in: *PVS* 52, 2, 286-305.
- Johnson, Simon, 2009: The Quiet Coup, in: *The Atlantic*, May 2009  
(<http://www.theatlantic.com/magazine/archive/2009/05/the-quiet-coup/307364/>) letzter Zugriff 18.09.2012.
- Johnson, Simon/Kwak, James, 2009: 13 Bankers. The Wall Street Takeover and the Next Financial Meltdown, New York: Vintage Books.
- Keane, John, 2009: The Life and Death of Democracy, London: Simon&Schuster.
- Krippner, Greta R., 2011: Capitalizing on Crisis. The Political Origins of the Rise of Finance, Cambridge: Harvard UP.
- Ladwig, Bern, 2006: Moderne Sittlichkeit. Grundzüge einer „hegelianischen“ Gesellschaftstheorie des Politischen, in: Buchstein, Hubertus/Schmalz-Bruns, Rainer (Hrsg.): Politik der Integration. Symbole, Repräsentation, Institution. Festschrift für Gerhard Göhler zum 65. Geburtstag, Baden-Baden: Nomos, 111-135.
- Luhmann, Niklas, 2000: Die Politik der Gesellschaft, hrsg. Von André Kieserling, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Marchart, Oliver, 2010: Die politische Differenz. Zum Denken des Politischen bei Nancy, Lefort, Badiou, Laclau und Agamben, Berlin: Suhrkamp.
- Mau, Steffen, 2012: Lebenschancen. Wohin driftet die Mittelschicht?, Berlin: Suhrkamp.
- Merkel, Wolfgang, 2011: Die Krise der Demokratie als politischer Mythos, in: Bluhm, Harald/Fischer, Karsten/Llanque, Marcus (Hrsg.): Ideenpolitik. Geschichtliche Konstellationen und gegenwärtige Konflikte, Berlin: Akademie Verlag, 433-448.
- Merkel, Wolfgang et al., 2003: Defekte Demokratien, Band 1, Opladen: Leske + Budrich.
- Merkel, Wolfgang et al., 2006: Defekte Demokratien, Band II, Wiesbaden: VS Verlag.
- Möllers, Christoph, 2008: Demokratie – Zumutungen und Versprechen, Berlin: Klaus Wagenbach.
- Mouffe, Chantal, 2007: Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion, Frankfurt am Main: Suhrkamp.

- Münkler, Herfried, 2010: Regierungsversagen, Staatsversagen und die Krise der Demokratie, in: Berliner Republik (online Version).
- Neckel, Sighard, 2010: Refeudalisierung der Ökonomie. Zum Strukturwandel kapitalistischer Wirtschaft, MPIfG Working Paper 10/6, Köln: MPIfG.
- Neckel, Sighard, 2011: Der Gefühlskapitalismus der Banken: Vom Ende der Gier als „ruhiger Leidenschaft“, in: Leviathan 39, 39-53.
- Nullmeier, Frank, 2010: Kritik neoliberaler Menschen- und Gesellschaftsbilder und Konsequenzen für ein neues Verständnis von „sozialer Gerechtigkeit“, WISO Diskurs, Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Obracaj, Jan, 2012: Die Entpolitisierung der Legitimation. Demokratie zwischen Substitution und Deliberation, Universität Konstanz, unveröffentlichtes Manuskript.
- OECD 2011: Divided We Stand. Why Inequality Keeps Rising, Paris: OECD.
- Offe, Claus, 2008: Governance: »Empty Signifier« oder sozialwissenschaftliches Forschungsprogramm? In: Schppert, Gunnar Fole/Zürn, Michael (Hrsg.): Governance in einer sich wandelnden Welt, in: PVS Sonderheft 41, Wiesbaden: VS Verlag, 61-76.
- Opielka, Michael, 2006: Gemeinschaft in Gesellschaft. Soziologie nach Hegel und Parsons, Wiesbaden: VS Verlag.
- Pontusson, Jonas/Bermeo, Nancy, 2012: Coping with Crisis: Government Reactions to the Great Recession. Forthcoming with Russell Sage Foundation Press.
- Rancière, Jacques, 2002: Das Unvernehmen. Politik und Philosophie, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Rieger, Elmar/Leibfried, Stephan, 2004: Kultur versus Globalisierung. Sozialpolitische Theologie in Konfuzianismus und Christentum, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Rosa, Hartmut, 2012: Weltbeziehungen im Zeitalter der Beschleunigung. Umriss einer neuen Gesellschaftskritik, Berlin: Suhrkamp.
- Rothstein, Bo, 2011: The Quality of Government. Corruption, Social Trust, and Inequality in International Perspective, Chicago/London: University of Chicago Press.
- Ruda, Frank, 2011: Hegels Pöbel. Eine Untersuchung der »Grundlinien der Philosophie des Rechts«, Konstanz: Konstanz UP.
- Sack, Detlef, 2011: Postdemokratie, Ironie und Gerechtigkeit – zum Umgang mit dem Enttäuschungspotenzial demokratischer Herrschaft, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 40 (1), 49-65
- Schäfer, Armin, 2009: Krisentheorien der Demokratie: Unregierbarkeit, Spätkapitalismus, Postdemokratie, in: der moderne staat 1/2009, 159-183.
- Schäfer, Armin, 2010: Die Folgen sozialer Ungleichheit für die Demokratie in Westeuropa, in: Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft 4, 131–156.
- Scharpf, Fritz W., 2011: Monetary Union, Fiscal Crisis and the Preemption of Democracy, MPIfG Discussion Paper 11/1, Köln: MPIfG ([http://www.mpifg.de/pu/mpifg\\_dp/dp11-11.pdf](http://www.mpifg.de/pu/mpifg_dp/dp11-11.pdf)).
- Schmitter, Philippe, 2011: Diagnosing and Designing Democracy in Europe, in: Alonso, Sonia/Keane, John/Merkel, Wolfgang (eds.): The Future of Representative Democracy, Cambridge: Cambridge UP, 191-211.
- Streeck, Wolfgang, 2008: Von der gesteuerten Demokratie zum selbststeuernden Kapitalismus: Die Sozialwissenschaften in der Liberalisierung, MPIfG Working Paper 08/7, Köln: MPIfG.

- Streek, Wolfgang, 2011: The Crisis in Context. Democratic Capitalism and Its Contradictions, MPFIg Discussion Paper 11/15, Köln: MPFIg.
- Streek, Wolfgang, 2012a: How to Study Contemporary Capitalism?, in: European Journal of Sociology, LIII, (1), 1-28.
- Streek, Wolfgang, 2012b: Markets and Peoples. Democratic Capitalism and European Integration, in: New Left Review 73, Jan/Feb 2012, 63-71.
- Streek, Wolfgang/Mertens, Daniel, 2010: Politik im Defizit: Austerität als fiskalpolitisches Regime, in: der moderne staat 1/2010, 7-30.
- Swedberg, Richard, 2010: The Structure of Confidence and the Collapse of Lehman Brothers, in: Markets on Trial: The Economic Sociology of the U.S. Financial Crisis: Part A Research in the Sociology of Organizations, Volume 30A, 71-114.
- Thaa, Winfried, 2011: Politisches Handeln. Demokratietheoretische Überlegungen im Anschluss an Hannah Arend, Baden-Baden: Nomos.
- Taylor, Charles, 2005, Kapitalismus ist unser faustischer Pakt, in: DIE ZEIT Nr. 19 (4.5.2005) (online-Version).
- Uslaner, Eric M./Rothstein, Bo, 2012: Mass Education, State-Building and Equality. Searching for the Roots of Corruption, QoG Working Paper Series 2012: 5, Gothenburg: The Quality of Government Institute.
- Vogt, Peter, 2011: Kontingenz und Zufall. Eine Ideen- und Begriffsgeschichte, Berlin: Akademie Verlag.
- Willke, Helmut, 2001: Atopia. Studien zur atopischen Gesellschaft, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Wilkinson, Richard/Pickett, Kate, 2009: Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind, Frankfurt am Main: Zweitausendeins.
- Žižek, Slavoj, 2010: A Permanent Economic Emergency, in: New Left Review, July/August 2010, 85-95.
- Zürn, Michael, 2011a: Die Rückkehr der Demokratiefrage. Perspektiven demokratischen Regierens und die Rolle der Politikwissenschaft, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 6/2011, 63-74.
- Zürn, Michael, 2011b: Vier Modelle einer globalen Ordnung in kosmopolitischer Absicht, in: PVS 52, 1/2011, 78-118.